



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

losen zu versinken drohte. Ich sollte noch erfahren, daß es reines Licht auf Erden gibt, damit ich mich daran erinnerte, wenn mein Weg einmal in völlige Nacht hineinführe.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel

Die Wiesbadner Kaiserbegegnung und Kanzlerbegegnung hat ihren besondern Charakter bewahrt. Sowohl durch die Fortsetzung, die sie am folgenden Tage in der vertraulichen Zurückgezogenheit von Wolfsgarten fand, als auch durch die Haltung, mit der die russische Presse diesmal den Vorgang begleitete. Die Anregung zu der Begegnung war weder, wie leider in einigen deutschen Blättern zu lesen war, von deutscher Seite gegeben worden, noch hatte Prinz Heinrich sie „mit großer Mühe“ zustande gebracht. Es war doch wohl selbstverständlich, daß Kaiser Nikolaus nicht Deutschland nach einer längern Reihe von Wochen verließ, ohne unsern Kaiser begrüßt zu haben. Ebenso ist der politische Charakter der Begegnung von russischer Seite durch den nach Berlin mitgeteilten Wunsch geprägt worden, daß sich auch Graf Bülow dazu einfinden möge. Daß Prinz Heinrich bei seinem Aufenthalt in Berlin vom 18. bis 22. Oktober das Nähere verabredet hat, mag richtig sein. Die Solidität der deutsch-russischen Familienbeziehungen tritt dadurch noch mehr hervor, noch deutlicher freilich durch den Wegfall der Trinksprüche. Dieser Umstand ist fast das eigentlich Charakteristische an der Wiesbadner Begegnung: er sagt für jedermann klar und verständlich, daß die deutsch-russischen Beziehungen einer solchen besondern Betonung nicht bedürfen. Dieser deutschen Auffassung ist Kaiser Nikolaus bereitwillig beigetreten.

Fürst Gortschakow äußerte nach der Berliner Dreikaiserbegegnung von 1872, das beste daran sei, daß es nichts Schriftliches gegeben habe (*qu'il n'y avait rien d'écrit*). So kann man von Wiesbaden sagen: Das erfreulichste daran war, daß es keine Trinksprüche gegeben hat — ob etwa dafür etwas Schriftliches, wird die Zeit lehren. In der russischen Presse ist der Hauptaccent auf die „traditionellen freundschaftlichen Beziehungen“ zwischen den beiden Herrscherhäusern gelegt worden. Die „Nowoje Wremja“ hatte hinzugefügt, „daß Deutschland und Rußland wenn auch keine verbündeten Staaten, so doch jedenfalls befreundete Mächte seien,“ und das Journal de St. Pétersbourg hat in dem bei solchen Anlässen üblichen Galaartikel darauf hingewiesen, daß diese freundschaftlichen Beziehungen „immer die günstigste Wirkung auf die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens sowohl wie auf die Wohlfahrt der beiden Völker ausgeübt haben.“ Sodann wurde auf „die besondere Tragweite“ hingewiesen, die die Begegnung der beiden Staatsmänner „hinsichtlich der politischen Verhältnisse der gegenwärtigen Zeit“ habe. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hatte ihrerseits den Gedankenaustausch der beiden Minister mit dem Ausdruck der Zuversicht begrüßt, er werde sich in der Richtung geltend machen, „den Frieden unsers Weltteils vor Erschütterungen zu bewahren und etwaigen auf die Störung des Friedens gerichteten Entwicklungen entgegenzuwirken.“ Die deutsche Fassung des Gedankens — oder ist es nicht derselbe Gedanke? — mutet immerhin etwas präziser an als die Petersburger, sie nimmt Rußland für die Erhaltung des status quo in Europa in Anspruch.

Als Graf Lamsdorff nach Paris ging, bezeichnete das russische halbamtliche Blatt als Zweck seiner Reise, „über diejenigen Punkte Klarheit zu schaffen, die den Gegenstand der Entente zwischen den beiden Regierungen bilden, und um ihre Aktion in Übereinstimmung zu bringen.“ Wer sich auf die Feinheiten des diplo-

matischen Stils versteht, mag die drei hochoffiziösen Äußerungen, die der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und die beiden des Journal de St. Pétersbourg, in eine Gleichung bringen, vielleicht findet er heraus, was x, das große Unbekannte, in der entsprechenden Formel bedeutet. Hinzugefügt mag noch werden, daß der Petersburger Kommentar zu der Zusammenkunft des Grafen Lamsdorff mit Herrn Delcassé in den Worten gipfelte, daß sie „nur der großen Sache der Aufrechterhaltung des Friedens dienen könne, der in den Wünschen und in den Interessen der beiden Länder liegt.“ Rußland hat schwerlich ein Interesse daran, die Bewegung auf dem Balkan einen europäischen Charakter annehmen zu sehen. Das würde geschehen in dem Augenblick, wo sich Frankreich einmischt, die Einmischung Englands und des ohnehin schon sehr ungeduligen Italiens wäre damit gegeben. Das könnte allerdings eine Gefahr für den Frieden mit neuen Gruppierungen und unberechenbaren Folgen werden. Vorausichtlich hat Graf Lamsdorff in Paris von Herrn Delcassé Zusagen verlangt und erhalten, die ihm „auf dem Wege nach Wiesbaden“ nicht versagt werden konnten.

Ob und welches positive Ergebnis die deutsch-russische Begegnung diesesmal gehabt hat, wird zunächst wohl aus den Entwicklungen selbst entnommen werden müssen. Streitpunkte zwischen uns und Rußland waren nicht zu begreifen, weil keine bestanden, es kamen mithin nur Erwägungen pro futuro in Betracht. Die von Rußland mit Österreich gemeinsam unternommene Aktion in Konstantinopel hatte von Anfang an Deutschlands Unterstützung, weil sie darauf gerichtet ist, die Erhaltung der Herrschaft des Sultans mit der unabwieslichen Besserung der Zustände in Makedonien in Übereinstimmung zu bringen. Einstweilen zeigt die Pforte noch wenig Neigung, sich den Vorschlägen der beiden Mächte anzubequemen. Eine dauernd ablehnende Haltung würde unvermeidlich zur Folge haben, daß die Fortdauer der türkischen Herrschaft über christliche Völkerstaaten überhaupt in Frage gestellt würde. Indem Deutschland im Sinne jener Vorschläge in Konstantinopel tätig ist, leistet es zugleich dem Sultan und Rußland einen Dienst, da Rußland wenig daran liegen dürfte, im jetzigen Augenblick durch eine europäische Aktion auf dem Balkan festgelegt zu werden. Andre Mächte werden vielleicht das entgegengesetzte Interesse haben. Die Frage ist, wie weit hier die französisch-englische Entente reicht. Man darf annehmen, daß über die weiteren möglichen Entwicklungen in Darmstadt eine Verständigung erfolgt ist. Auch die auf beiden Seiten bestehende feste Absicht, über den Handelsvertrag zu einem Einvernehmen zu gelangen, wird bei dieser Begegnung von neuem erhärtet worden sein.

Bei dieser Gelegenheit kann man in Deutschland wohl hören: Ja, seht diese Russen! Sie halten keine Reden, machen keinerlei Schaugepränge, aber sie stecken sich große Ziele, die sie gegen jeden Widerspruch der Mächte erreichen. So haben sie die Wiesbadener Begegnung durch die gleichzeitige Besetzung von Mugden begangen, die wohl unter allen Umständen als eine endgiltige anzusehen ist. Was tun nun — heißt es weiter — wir Deutschen? Nichts. Wir halten Reden und enthüllen Denkmäler. Solchem Raïsonnement gegenüber, das auf den ersten Anblick hin ganz plausibel aussieht, darf wohl daran erinnert werden, daß sich die russische Erwerbung des asiatischen Kontinents nach der Methode des großen Fettpflecks vollzieht, der sich unaufhaltsam von seiner Basis aus ausdehnt. Rußland schiebt dabei doch nur seine Landgrenzen vor, ein Kunststück, das wir ihm nicht nachmachen können, weil an unsern Landgrenzen drei europäische Großmächte sitzen, und England als vierte unsre Seegrenzen eifersüchtig bewacht. Wäre Rußland für seine asiatischen Gebietserweiterungen auf den Seeweg von Kronstadt aus angewiesen, so würde es sich wahrscheinlich hüten, das Geschäft in solchem Umfange zu betreiben. Außerdem steht der russischen Politik kein Bundesrat und kein Reichstag, namentlich kein Reichstag zur Seite. In Rußland findet man keinen Abgeordneten Richter, der den gegenwärtigen Augenblick zu der Äußerung in seiner Zeitung für angezeigt hält, „die ostasiatische Expedition müsse doch endlich einmal aufhören,“ während die Dinge in China eher danach aussehen, daß die Expedition vielleicht bald wieder von neuem anfangen

kann. Ebenso verhält sich die russische Presse in allen Fragen, die die Macht und die Größe Rußlands betreffen, wesentlich anders als die deutsche, die leider nur zu sehr geneigt ist, ihre Stellung zur Macht und zur Größe Deutschlands vom Fraktionsgegensatz der innern Politik aus zu bemessen. Sie treibt Gefühlspolitik und sagt: Die Regierung hält es mit dem Zentrum oder den Konservativen, folglich bewilligen wir Liberalen nichts; oder wie die Agrarier, die von der „gräßlichen Flotte“ nichts wissen wollen, weil die Regierung auf ihre agrarischen Zolltorheiten nicht eingehen will und kann. Mit solchen Leuten, die über den Fraktionskirchturm nicht hinwegsehen, kann man freilich keine Weltpolitik machen. Im übrigen wollen wir einstweilen Kiautschou als deutschen Fettsack betrachten, der sich von dieser Basis aus im Laufe der Jahrzehnte weithin in Schantung ausdehnen wird. Möge seine werbende Kraft nur durch keine Reden und keine Zeitungsartikel beeinträchtigt werden. Nehmen wir uns an Rußlands stiller Arbeit ein Beispiel!

Auch in andern Fragen hat ein großer Teil der deutschen Presse jüngst herzlich wenig Einsicht bewiesen. So wegen der Finanzminister-Konferenz, die angeblich nicht gehalten habe, was sie versprochen hat. Nun hat die Norddeutsche doch klipp und klar erklärt, daß sich die Konferenz neben der Finanzierung des Reichshaushaltsetats für 1904 mit „Anregungen zur Abstellung von Mängeln, die sich in den zur Zeit geltenden finanzgesetzlichen Bestimmungen des Reichs bemerklich gemacht haben,“ beschäftigt hätte. Die finanzgesetzlichen Bestimmungen des Reichs, die hier in Frage kommen können, sind die sogenannte Frankensteinsche Klausel und der Artikel 70 der Reichsverfassung. Dieser ordnet an: „Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die etwaigen Überschüsse der Vorjahre, sowie die aus den Zöllen, den gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen.“ Nach Sinn und Wortlaut der Verfassung sind somit Bundesrat und Reichstag ohne vorhergehende Abänderung des Artikels 70 gar nicht berechtigt, über Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern zu andern Zwecken zu verfügen, wie dies z. B. durch die Frankensteinsche Klausel und neuerdings wieder durch die Zusage, Überschüsse über den jetzigen Status hinaus für die Witwen- und Waisenversorgung verwenden zu wollen, geschehen ist. Aber auch die Bestimmung über die Verwendung der Überschüsse ist zu einer zweischneidigen Waffe geworden. Bei der Feststellung des Etats besteht seit Jahren ein hohes Defizit, das durch Matrikularumlagen, ja jüngst sogar durch eine Zuschußanleihe, gedeckt werden muß. Sind dann beim Abschluß des Rechnungsjahres die kassenmäßigen Einnahmen bei einzelnen Positionen höher als der Voranschlag, so entsteht ein scheinbarer Überschuß, der dem folgenden Etatsjahr zugute kommt, während er streng genommen als zuviel erhobener Matrikularbeitrag zurückerstattet oder zur Schuldentilgung verwandt werden mußte. So aber hat das Reich scheinbare Überschüsse, während infolge der wachsenden Matrikularumlagen die Verlegenheit der Finanzen der Einzelstaaten immer größer wird. In diesen beiden Punkten werden die finanzgesetzlichen Bestimmungen, die dem Reichshaushalt zugrunde liegen, geändert werden müssen. Die Finanzminister konnten in ihrer Konferenz aber freilich nichts weiter tun, als sich über diese Punkte grundsätzlich einigen, und dann zuhause dahin wirken, daß die Einzelregierungen zu derselben Einmütigkeit im Bundesrat für Vorlagen an den Reichstag gelangen. Unter „Überschüssen“ hat der Gesetzgeber seinerzeit doch nur wirkliche Mehreinnahmen des Gesamtstats verstanden.

Litteris et patriae! Am 4. November war die Einweihung der königlichen Akademie in Posen, zum Glück ohne zuviel Apparat und ohne zuviel Rede. Denn geredet worden ist in der Angelegenheit der Ostmarken geradezu Unendliches, weit mehr als jemals über Elsaß-Lothringen. Freilich, dort unten das Land an den Vogesen und die alte starke Moselfeste Metz sind nur vom äußern Feinde bedroht, und wir denken, sie mit dem Schwerte zu behaupten. Die Ostmark dagegen ist vom innern Feinde umschlichen, der uns mit unserm eignen deutschen und preußischen

Verfassungsrechte zu erwürgen strebt und die Fundamente der preußischen Königsherrschaft mit kaum noch verhülltem Hoch- und Landesverrat unterwühlt. Die Erinnerung an die Rolle der Polen in der Revolutionsbewegung von 1848/49 ist noch frisch. Im Jahre 1863 ist die polnische Reigung, mitzutun, nur durch ein sehr starkes und rechtzeitiges Prävenire niedergehalten worden. Sie waren die ersten, die Bismarcks eiserne Faust fühlten, während zugleich der Feldjäger nach Kassel wie ein Wegzeiger in die deutsche Zukunft ging. Polen aber liegt mit vier bis fünf Eisenbahnstunden Berlin zu nahe, als daß die antideutschen Regungen in der Provinz, soweit sie einen bedrohlichen Charakter haben, nicht mit allen Mitteln bekämpft werden sollten. Mit allen Mitteln — nur mit dem Reden fortan nicht mehr! Es hat wirklich keinen Zweck, den Polen täglich ihre Undankbarkeit und ihre Gefährlichkeit vorzuhalten und ihnen in zweifelhäufiger Dauer vorzuerzählen, wie man ihre Widerhaarigkeit zu brechen gedenke. An die Undankbarkeit glauben sie nicht, die Gefährlichkeit freut sie und ist ihr Ziel; ihre Widerhaarigkeit konnte nur an Zuversicht und Stärke gewinnen, wenn sie die Schlachtlinie der bisherigen Mittel der deutschen Abwehr überschauten. Denn die Hauptwaffe, das Ansiedlungsgesetz, hat sich doch als für uns recht zweischneidig erwiesen. Ebenso wie das Sozialistengesetz seinen Zweck nicht erfüllen konnte, weil es nicht als ein dauerndes gegeben worden war, sondern durch kurze Fristverlängerungen in der Wirkung abgestumpft und bei jeder Neuwahl des Reichstags als Popularitätsböden für den „echten“ Volksmann ausgesteckt wurde, so mußte sich die mit dem Ansiedlungsgesetz beabsichtigte Wirkung schließlich in ihr Gegenteil verkehren, weil die Bestimmung fehlte, daß die mit Staatsgeldern ausgekauften Polen damit zugleich die Staatsangehörigkeit aufzugeben und auszuwandern hätten. So blieben sie, durch preußische Staatsgelder vom wirtschaftlichen Niedergange errettet, im Lande, zogen in die Städte, kauften sich dort oder in der Provinz von neuem an, und die durch langjährige Zinslosigkeit ihrer Hypotheken bedrohten Familien empfingen aus den preußischen Staatskassen den schon verloren geglaubten Besitz bar und blank zurück. Das langsam hinsiechende Polentum ist durch das Ansiedlungsgesetz schier wieder gesund und lebenskräftig geworden; ein gut Teil der preußischen Staatsgelder füllt die feindlichen Kriegskassen. Schon fangen die Polen wieder an, die Deutschen auszu kaufen, und es finden sich leider deutsche Besitzer, mehr als anzunehmen war, die jedes nationalen Pflichtgefühls bar sich zuerst von der Ansiedlungskommission den Preis machen lassen, damit ihn dann die Polen überbieten. Es gehört in das Ansiedlungsgesetz die weitere Bestimmung, daß jeder Übergang deutscher Güter in polnische Hände der Zustimmung des Oberpräsidenten und der Ansiedlungskommission bedarf. Wenn man den Zweck will, muß man die Mittel wollen und ganze Arbeit machen. Solange das Ansiedlungsgesetz diese Lücken behält, wird es seinen Zweck überhaupt nicht oder nur sehr kümmerlich erfüllen, den Vorteil davon aber werden die Polen haben. Ihre Abgeordneten würden logisch ganz richtig handeln, wenn sie in jeder Session des preußischen Landtags eine Erhöhung des Ansiedlungsfonds beantragten, der sie wirtschaftlich und damit politisch kräftigt.

Bei der Eröffnungsfeier der Akademie hat der Kultusminister das ressortmäßige Sprüchlein gesagt, den politischen Segen erteilte namens des Reichskanzlers der von diesem gesandte Vertreter; Graf Bülow hatte just an dem Tage die neueste deutsch-russische Umarmung verantwortlich zu kontrastieren. Ist die Wiesbadener Umarmung ehrlich und von Dauer, so gibt sie für die Posener Feier einen sehr passenden Rahmen, der leicht wertvoller werden kann, als das Bild selbst. Wie es sich für einen deutschen gelehrten Mann ziemt, begann der Herr Kultusminister ab ovo. Oder war es nur eine „zeitgemäße“ Einleitung, daß er die Anfänge der Kultur in der Ostmark um ein Jahrtausend zurück in die Hände von Ordensbrüdern und Weltgeistlichen verlegte, deren heutige Nachfolger mit die nachhaltigsten Gegner der deutschen Herrschaft und selbstverständlich auch dieser deutschen Akademie sind, wenngleich sich das Domkapitel durch eine Abordnung hatte vertreten lassen und sich auch dem Festschmaus nicht verweigerte. Hübscher war das Bild von der

„hochschullosen Fläche,“ die Königsberg von Breslau und Berlin trennt. Diese Lücke soll nun die Posener Akademie ausfüllen, die allerdings nicht für eine heranzubildende akademische Jugend, sondern für die Erwachsenen bestimmt ist. Es gab Zeiten, wo von einer wirklichen Universität in Posen die Rede war. Dann scheute man aber doch vor dem Gedanken zurück, aus Posen ein preußisches Prag zu machen, auch hätte eine Posener Universität zwischen Königsberg, Breslau und Berlin wohl nur ein dürftiges Dasein, als politischer Tummelplatz polnischer Studenten und Privatdozenten, geführt. So kam man auf den Gedanken des *cours d'adultes*. Der Gedanke verrät seinen Vater, den Ministerialdirektor Althoff, der ihn schon in Straßburg für die dortigen Verhältnisse gehabt hat. Dieser höchst eigentümliche, geistvolle und ideenreiche Mann hat seinerzeit als Straßburger Professor das dortige Oberpräsidium beherrscht, ebenso regiert er jetzt seit Jahren nicht nur das gesamte Kultusministerium, sondern weit darüber hinaus greift er in die verschiedensten Ressorts bestimmend ein, der Typus des herrschenden Kardinals ins Protestantische überseht.

Er hat die Gabe, etwas zustande zu bringen. „Althoff machts“ oder „Althoff würde es gemacht haben,“ kann man gelegentlich wohl aus sehr hohem Munde hören. Mit dem seligen Miquel als Finanzminister hat diese schaffende Kraft des Kultusministeriums anfänglich als Vertreter der Universitätswünsche auf Hauen und Stechen, später, nachdem man sich gegenseitig kennen gelernt hatte, vorzüglich gestanden. Beide Männer paßten zueinander. Was bei Herrn Miquel nur wenige Ressortvertreter verstanden, Geld von ihm herauszuholen, das verstand Herr Althoff ausgezeichnet, und vor solchen Leuten hatte Miquel berechtigten Respekt.

Die Straßburger Universität ist nach dem großen Kriege aus der französischen Zersplitterung der Fakultäten heraus errichtet oder eigentlich neu ins Leben gerufen worden. Man konnte dabei an die ruhmreiche Erinnerung der alten Straßburger Hochschule anknüpfen und durfte von der wiedererstandenen Universität erwarten, daß sie der Stolz der Reichslande werden würde, wie vor ihr Bonn der Stolz der Rheinlande geworden war. So war es auch einst für Straßburg und das Elsaß die alte *academia Argentinensis* gewesen, deren Siegel 1872 die Kaiserliche Stiftungsurkunde der neuen Universität Straßburg zurückgab. Wenn man von der Universität Bonn in gewissem Grade sagen darf, daß sie in fünfzig Jahren die Rheinlande geistig für Preußen erobert habe, vielleicht auch Preußen für die Rheinlande, so läßt sich daselbe heute nach einem Menschenalter für die Straßburger Universität noch nicht behaupten. Der Zusammenhang mit Frankreich während der bewegtesten und ruhmvollsten Zeit der französischen Geschichte hat die gebildeten Stände des Reichslandes, und nicht nur diese, mit einem Gefühl der französischen Zusammengehörigkeit, mit französischer Kultur und französischen Anschauungen erfüllt, sodaß trotz des deutschen Untergrundes dieser Bevölkerung ein längeres Stück Arbeit und ein längeres Stück gemeinsamer Geschichte nötig sein werden, bevor die deutsche Mission der Straßburger Universität zum vollen Durchbruch gelangen kann. Preußen hat die Rheinlande erst auf dem Schlachtfelde von Königgrätz innerlich erobert; ein ähnliches Läuterungsfeuer, ein ähnlicher gemeinsamer Schritt in eine große geschichtliche Entwicklung hinein, gemeinsames Ringen und Kämpfen unter dem Reichsbanner, werden auch für das Reichsland nötig sein, um es durch gemeinsame Ehren fest an Deutschland zu kitten.

In der Provinz Posen liegen diese Dinge ganz entgegengesetzt. Die Söhne von Posen und Westpreußen haben in den Kriegen von 1866 und 1870 ehrenreiche Vorbeeren um ihre preußischen Fahnen gewunden, sie sind gute Soldaten gewesen. Aber das deutsche Vaterlandsgefühl, das preußische Staatsgefühl der Polen hat — allerdings unter dem Einfluß des Alerus — nicht nur nicht an Stärke gewonnen, sondern es ist allen Segnungen gegenüber, die ihnen das neue Reich und der preußische Staat seit 1871 in so wesentlich erhöhtem Maße zugebracht haben, fort und fort geringer geworden. Immer zahlreicher und immer fester sondert sich das Polentum vom Staate ab, es teilt nicht mehr seine Hoffnungen, seine Ziele,

es wendet sich hoffend eignen Zielen zu, deren Verwirklichung nur auf den Trümmern des preußischen Staates möglich wäre. Oder glaubt man, daß der junge polnische Preuze, der nach einer Reihe von Jahren aus den Sokolvereinen in das Heer tritt, während der kurzen Dienstzeit im Regiment mit preußischem Staatsgefühl, mit Königs- und Vaterlandstreue, mit der Hingebung an die Fahne erfüllt werden wird, die man ihn frühzeitig gelehrt hat, als eine feindliche anzusehen? In dieselben Kreise aber tritt er nach erfüllter zweijähriger Dienstpflicht zurück.

Man hat die polnische Woge zu groß, zu mächtig werden lassen. Wohl wird die neue Akademie einem kleinen Teil der Deutschen im Lande die notwendige geistige Behaglichkeit gewähren, aber ein Wellenbrecher gegen das Polentum wird sie schwerlich sein; höchstens kann sie dazu mitwirken, daß sich die Deutschen in der Stadt Posen selbst wohler fühlen und leichter ausharren. Die Polen werden auch von dieser Einrichtung profitieren, wie sie von allen andern nützlichen Einrichtungen des preußischen Staates zu profitieren verstanden haben, aber nur um sich daran gegen ihn selbst zu stärken. Die preußische Schule in ihrer Entwicklung seit den fünfziger Jahren hat den Polen den 1863 noch völlig fehlenden gebildeten Mittelstand geschaffen, der heute weit mehr und weit gefährlicher als Klerus und Adel die Seele der Auflehnung und die Stärke des Widerstandes gegen die preußische Staatsmacht ist. Der polnische Senfmann war verhältnismäßig leicht niederzuwerfen, da bedurfte es nur eines wirklichen Wollens; der gebildete polnische Bürger, der sich mit Geschicklichkeit aller Kampfmittel des konstitutionellen Staates und seiner Einrichtungen bedient, seine Pfeile gleichsam in unserm eignen Blute trinkt, ist kaum noch zu besiegen. Innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung werden sich die Dämme fast nicht mehr errichten lassen, die imstande sind, der heranbrechenden polnischen Woge Halt zu gebieten — und doch ist es hohe, vielleicht höchste Zeit dazu.

In Bonn konnte, in Straßburg kann der deutsche Geist, der deutsche Gedanke seine siegende Kraft bewähren, weil die dortigen Hochschulen mitten in einer im innersten Kern deutschen Bevölkerung errichtet sind, der am Mittelrhein nur französische Dünche abzuwaschen war; in den neuen Generationen des Elsaß wird die reale lebensvolle Gegenwart die französischen Erinnerungen der Vergangenheit aus eigener Kraft zu überwinden wissen. Beide Hochschulen stehen an der Grenzscheide zwischen zwei mächtigen, in ihrer Kultur hoch entwickelten Völkern, sie können in freilich noch fernen Tagen dereinst wirklich eine Brücke der Geister sein. Anders steht die Sache in Posen, wo die Akademie nicht an der Grenzscheide zweier großer Kulturvölker, sondern in einer vom Deutschtum zwar äußerlich beherrschten, aber von ihm ungenügend durchsehten slawischen Abart steht, deren Ziel und Streben sich dahin richten, dieses „deutsche Joch“ mit Hilfe seiner eignen Einrichtungen zu erschüttern und abzuwerfen. In Straßburg darf die Universität damit rechnen, der elsässischen Bevölkerung von Jahr zu Jahr mehr Fleisch von ihrem Fleisch, Blut von ihrem Blut zu werden, namentlich wenn das Land erst tüchtige eigne Beherkräfte hervorbringt. Dem Polen wird die deutsche Akademie in Posen so lange als eine feindliche Einrichtung gelten, die man entweder boykottiert oder gegen die Deutschen ausnutzt, bis es den starken realen Kräften des preußischen Staates, seinen Machtmitteln, gelungen sein wird, die landesverräterische Tendenz, die der großpolnischen Idee zugrunde liegt, zu brechen und auszurotten. Das muß durch die Gesetzgebung geschehen, wenn man den sonst schließlich unabweisbaren Appell an die Gewalt der Waffen vermeiden will.

Herr Studt hat der neuen Akademie die Worte als Leitstern mitgegeben, die das allgemeine Kollegiengebäude der Straßburger Hochschule schmücken: *Litteris et patriae!* Die Anknüpfung an Straßburg lag dem Minister besonders nahe, er hat als Landwehroffizier es einst erobern helfen, er hat später als Mitglied der elsässischen Regierung dort gewaltet. Vielleicht ist ihm auch bekannt, daß, als bei der Einweihung des Kollegiengebäudes die Straßburger Studentenschaft dem Reichskanzler einen Guldigungsgruß sandte, der mit den Worten schloß: *Litteris et patriae!* — Bismarcks Antwort lautete: *Patriae et litteris!* Später einmal an dieses Vor-

kommiss erinnert, hat der alte Kanzler geäußert: „Es ist doch selbstverständlich, daß das Vaterland voransteht, zumal im Elsaß, ich weiß nicht, warum man das anders gemacht hat.“ Die Wortstellung: *Patriae et litteris!* hätten wir auch für die Posener Akademie gewünscht. Graf Bülow hat durch seinen Vertreter an seine Landtagsrede vom 13. Januar vorigen Jahres erinnern lassen, in der der Ministerpräsident sehr zutreffend gesagt hatte: „Wo ihm kein geistiges Leben blüht, wo ihm Kunst und Wissenschaft fehlen, da verkümmert der Deutsche,“ und wo er weiter unter dem lebhaftesten Beifall des Hauses aussprach: „Als preussischer Ministerpräsident erkläre ich, daß unsre Ostmarkenpolitik verharren wird in den nationalen Gleisen, welche ihr der größte deutsche Mann, welche ihr Fürst Bismarck vorgezeichnet hat. In Schwankungen, in Nachgiebigkeit werden wir nicht verfallen.“ In derselben Rede aber hieß es: „Ich halte die Ostmarkenfrage nicht nur für eine der wichtigsten Fragen unsrer Politik, sondern geradezu für diejenige Frage, von deren Entwicklung die nächste Zukunft unsers Vaterlands abhängt.“ Darum — mag für Straßburg allenfalls: *Litteris et patriae* noch am Platze sein, für Posen muß es heißen: *Patriae et litteris!* denn jeden einzelnen Deutschen, und es handelt sich dort ja nur um erwachsene Deutsche, nicht um junge Studenten, soll die Existenz der Akademie, soll die Benutzung der Akademie täglich lehren, daß sie um des Vaterlands willen errichtet ist. *Pro patria est*, dum *ludere videmur* stand einst am Turnplatz des alten Joachimsthalschen Gymnasiums. Auch die Posener Akademie und ihre rege fleißige Benutzung durch die dortigen Deutschen — *est pro patria*. Möge der Segen, der von ihr ausstrahlt, in einer fernern Zeit dazu führen, daß aus ihr eine deutsche Universität hervorgehn kann, und daß eine solche in Posen möglich und zulässig wird.

Als im Jahre 1620 Straßburg durch Kriegsgefahr bedroht war, nahmen auch die Studenten bereitwillig und freudig an den Schanzarbeiten teil. Eine in Straßburg im Jahre 1884 erschienene Schrift berichtet darüber nach alten Chroniken, daß eines Tages der Musikmeister der Akademie, Thomas Walliser, mit seinen Schülern auf den Festungswerken erschienen sei, und daß sie bei munterm Fleiß oft den von Walliser komponierten Vers gesungen hätten:

So bauen wir dich, Vaterland,
Zu Gottes Lob und Ehren,
Gott halte ob dir seine Hand,
Woll deinen Feinden wehren.
Frisch her und dran — greifts tapfer an!
Es g'reicht auch uns zu Ehren.

Mögen sich die Deutschen in der Stadt Posen, denen die Akademie zunächst gewidmet ist, von diesem Geiste durchdringen lassen, von dem Gedanken, daß es auch ihnen zur Ehre gereicht, wenn sie dort das Vaterland bauen helfen! Gesingen kann ihnen das freilich nur, wenn sie ihrem gesamten bürgerlichen Dasein das Wort zum Grundstein setzen:

Frisch her und dran — greifts tapfer an!

H. J.

Ein Vorschlag zur Organisation der Reichsgesundheitspflege. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, aber ohne Brot kann er überhaupt nicht leben. Diese leidige Wahrheit macht sich besonders den Angehörigen der nicht verstaatlichten unter den idealen Berufen schmerzlich fühlbar. Nicht ohne die allerpeinlichsten Empfindungen und ohne innige Teilnahme für die idealgesinnten unter den Ärzten kann man ihren Verteidigungskampf gegen die Kurpfuscher und gegen die Krankenfassenvorstände verfolgen, und die Verhandlungen des Kölner Ärztetages sind nicht geeignet, den peinlichen Eindruck zu mildern, den dieser Kampf ums Dasein auf den unparteiischen Beobachter macht. Da tut es denn wohl, einmal die Stimme eines Mannes zu vernehmen, der die Ärztefrage vom höchsten Standpunkt aus,

von dem der Volkskraft, behandelt und zeigt, daß eine Organisation, wie sie die Rücksicht auf das Gemeinwohl fordert, zugleich auch den materiellen Nöten der Ärzte gründlich abhelfen würde. Der hannoversche Arzt Dr. Knieke hat im 5. Hefte von Dr. Boltmanns Politisch-anthropologischer Revue unter der Überschrift „Die Verstaatlichung des Arztwesens“ die unheilvollen Wirkungen der freien ärztlichen Konkurrenz in ihrer heutigen Form scharf beleuchtet, ist aber trotzdem nicht zur Forderung völliger Verstaatlichung der Heiltätigkeit gelangt. Sein positives Programm nicht einer Verstaatlichung des Krankenheilens sondern einer öffentlichen Gesundheitsfürsorge und Gesundheitspflege hat er in der Broschüre entwickelt: Die Kassenarztfürsorge und das öffentliche Gesundheitswesen in Beziehung zu der sozialpolitischen Gesetzgebung (Berlin, Verlag der Arbeiterversorgung, A. Trotschel, 1903). Die Nr. 19 des Ärztlichen Zentralanzeigers vom 11. Mai enthält einen Auszug aus dieser Schrift. Indem wir die Interessenten und die Sachverständigen auf die angegebenen Quellen verweisen, teilen wir nur noch zur Charakteristik von Dr. Kniekes Programm einige Sätze daraus mit. „Das Medizinalwesen der sozialen Versicherung, besonders der Kranken- und der Invalidenversicherung, zeigt die innerliche Tendenz, nach großen Gesichtspunkten geregelt zu werden. Ärztliche Behandlung und Heilmittel im wissenschaftlichen Sinne des Wortes lassen sich keineswegs mehr ausschließlich gewähren als Arbeitsprodukt einzelner Kassenärzte und als Apothekeware. Die Beschaffung dieser Leistungen ist Sache vieler geworden durch die ineinander greifende gleichwertige Tätigkeit großer zusammenwirkender Kreise. Mit der ursprünglichen Form ärztlicher Therapie, mit Arzneien und chirurgischen Eingriffen, ist es längst nicht mehr getan. Heute haben wir wichtigere Heilmethoden: Sorge für gute Luft, Zusammensetzung der Nahrung, Regelung der Körperbewegung, Beschaffung aller physiologisch notwendigen Lebensreize, z. B. Beeinflussung der Körperoberfläche durch die Einwirkung des Wassers, des Lichtes, der Luft, Einwirkung auf die Seelenstimmung usw. Das alles läßt sich nicht in der Apotheke kaufen. Die moderne Medizin läßt die Apotheke in den Hintergrund treten und wirkt mit Sorgenheimstätten, Wöchnerinnenheimen, Erholungsstätten, mit besserer Pflege der unehelichen und der Waisenkinder, mit Ferienkolonien, mit Kinderheimen, mit Spaziergängen und Lungengymnastik, mit Baden, Schwimmen, Rudern, Turnen, mit Volksküchen, mit Arbeiterschutz, um eine vernünftige Gestaltung der äußeren Erhaltungs- und Entwicklungsbedingungen zu erreichen. Ebenso wie für die Entwicklung des geistigen und des moralischen verlangt die Wissenschaft für die des körperlichen Menschen Erziehungs- und Bildungsinstitute. Die soziale Versicherung ist nun berufen, zum Schutze des Volkswohls und der Volksgröße mehr wie jede andre Institution große Reformen in der Lebensführung der Versicherten anzubahnen und selbständige Verwaltungskörper für ihr Gesundheitswesen zu schaffen, in denen sozialmedizinisch geschulte Ärzte und einsichtige Vertreter der Versicherungsanstalten zusammenarbeiten unter Mitwirkung der Medizinalbeamten und der Regierung. Solche Korporationen, in denen Ärzte, Versicherte und Staatsbehörden zur Einheit verschmolzen wären, würden eine weitgehende Entwicklungsmöglichkeit und Freiheit haben, je nach den örtlichen Bedürfnissen. Als Aufsichts- und Zentralbehörde scheint mir das Reichsgesundheitsamt geeignet, falls man nicht aus verwaltungstechnischen oder staatsrechtlichen Gründen die Angliederung an die Gesundheitsbehörden der Einzelstaaten vorzieht. Die Gesundheitsämter würden dann als hygienische Kulturkräfte und Pflanzschulen wirken. Sich bei der Hygiene des Wohnungswesens, des Nahrungsmittelverkehrs, der Lebensgewohnheiten geltend zu machen, würden sich ihnen viele Wege, direkte und indirekte, darbieten. Ich denke auch an die Mitwirkung der Berufsorganisationen, z. B. der Innungen und der Handelskammern.“

